

FINANZBUSINESS

Wie die Inflation eine Einigung bei den Gehältern der Bankern erschwert

Bei einer dreijährigen Laufzeit war das Inflationsrisiko eindeutig zu groß. So erklärt der DBV-Bundesvorsitzende, Stephan Szukalski, FinanzBusiness das Scheitern der Tarifverhandlungen bei den öffentlichen Banken.



Stephan Szukalski, DBV-Bundesvorsitzender | Foto: DBV

VON ARCHIBALD PREUSCHAT

Veröffentlicht: 24.01.22 07:52 Uhr

Die Inflation hierzulande steigt auf Werte, wie sie Deutschland seit drei Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat. Zuletzt lag sie bei 5,3 Prozent. Ökonomen streiten munter, ob die Teuerung nur ein vorübergehendes Phänomen ist. Doch einige Volkswirte warnen bereits vor der Lohn-Preis-Spirale. Das die Warnung berechtigt ist, zeigen die laufenden Tarifverhandlungen für die rund 60.000 Mitarbeiter in den öffentlichen Banken.

Alle Seiten waren am vergangenen Donnerstag mit dem festen Willen ins Frankfurter Umland gereist, die seit mehr als einem halben Jahr offene Gehaltsfrage zu klären: der Bundesverband öffentlicher Banken (VÖB) ebenso wie die Gewerkschaften Verdi und DBV.

Am Ende herrschte Fehlanzeige: Obwohl die Arbeitgeberseite ein neues, wie sie sagt, verbessertes Angebot auf den Tisch gelegt hat, fehlte den Gewerkschaften die "materielle Komponente". Das gilt für Verdi und auch den kleineren Deutschen Bankangestellten-Verband, der Gewerkschaft der Finanzdienstleister.

"Wir waren sehr dicht vor einem Abschluss und wir hätten auch gerne abgeschlossen und ich glaube, Verdi auch", schildert DBV-Verhandlungsführer und Bundesvorsitzender Stephan Szukalski FinanzBusiness seinen Eindruck von den Verhandlungen, die sich vom Vormittag bis in den Abend hinzogen.

Bei einer kürzeren Laufzeit wären wir zu einem Abschluss bereit gewesen, aber das Inflationsrisiko liegt eindeutig auf Arbeitnehmerseite.

STEPHAN SZUKALSKI, VERHANDLUNGSFÜHRER UND BUNDESVORSITZENDER DER GEWERKSCHAFT DBV

Ein Grund, dass es nicht zu einem Abschluss kam, war nicht zuletzt die Inflation. "Bei einer kürzeren Laufzeit wären wir zu einem Abschluss bereit gewesen, aber das Inflationsrisiko liegt eindeutig auf Arbeitnehmerseite."

Auf eben diese kürzere Laufzeit wollten sich die Arbeitgeber nicht einlassen. Ihnen schweben drei Jahre vor, beginnend mit dem vergangenen Sommer.

Denn wesentlicher Bestandteil des Angebots war die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38 Stunden ab 2024. Beim Gehalt wollten sie während der Gesamtlaufzeit nur drei Prozent draufschlagen - ab November.

"Wir bewegen uns bei drei Prozent ohnehin schon unterhalb der Inflationsrate", sagte Szukalski FinanzBusiness.

Denn ähnlich wie Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing hält er die Teuerung nicht für ein vorübergehendes Phänomen.

In Gehaltsverhandlungen stehen ja immer die Verbraucherpreise im Fokus, aber die Erzeugerpreise steigen auch und diese sickern dann mit Verzögerung in die Verbraucherpreise ein.

STEPHAN SZUKALSKI, VERHANDLUNGSFÜHRER UND BUNDESVORSITZENDER DER GEWERKSCHAFT DBV

"Ich glaube nicht, dass es nur ein Inflationspeak ist, das sich 2023 wieder normalisiert", meint Szukalski. Als Argument führt er an: "In Gehaltsverhandlungen stehen ja immer die Verbraucherpreise im Fokus, aber die Erzeugerpreise steigen auch und diese sickern dann mit Verzögerung in die Verbraucherpreise ein."

Dass es auch in der fünften Runde der Tarifverhandlungen für die öffentlichen Banken nicht zu einem Durchbruch gekommen ist, ist insbesondere ein schlechtes Omen für die parallel laufenden Verhandlungen für die 140.000 Beschäftigten im privaten Bankgewerbe.

Denn wären sich VÖB, Verdi und DBV mit Wertschätzung begegnen, ist das Klima zwischen dem AGV Banken und Verdi deutlich schlechter.

Hier hat in der vergangenen Woche die Arbeitgeberseite die Verhandlungen in der fünften Runde abgebrochen. Ein Schritt, den zuvor auch Verdi gegangen war.

Copyright © FinanzBusiness - Alle Rechte vorbehalten